



## **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr**

### **5. Sitzung (öffentlich)**

25. Oktober 2012

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 15:55 Uhr

Vorsitz: Dieter Hilser (SPD)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

<b>Vor Eintritt in die Tagesordnung</b>	<b>3</b>
<b>1 Einführung in die Bau-, Wohnungs-, Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik der 16. Legislaturperiode</b>	<b>4</b>
– Aussprache zum Einführungsbericht	
<b>2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)</b>	<b>24</b>
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 16/300	
Vorlage 16/97 – Aussprache zum Einführungsbericht	

Der Ausschuss stimmt dem Einzelplan 09 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten zu.

- |          |  |           |
|----------|--|-----------|
| <b>3</b> | <b>Eiserner Rhein</b>  | <b>27</b> |
|          | Vorlage 16/252   |           |
|          | - Diskussion   |           |
| <b>4</b> | <b>Bundesverkehrswegeplan 2015 – Bereiche Schiene und Wasser</b>     | <b>35</b> |
|          | Vorlage 16/267   |           |
|          | - Diskussion   |           |
| <b>5</b> | <b>Fortschreibung der Luftverkehrskonzeption Nordrhein-Westfalen</b> | <b>39</b> |
|          | Vorlage 16/287   |           |
|          | - Diskussion   |           |
| <b>6</b> | <b>Sachstand Betuwe</b>  | <b>42</b> |
|          | Vorlage 16/288   |           |
|          | Der Ausschuss verschiebt die Beratung auf die nächste Sitzung.       |           |
| <b>7</b> | <b>Verschiedenes</b>   | <b>43</b> |

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2012 (Haushaltsgesetz 2012)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 16/300

Vorlage 16/97

– Aussprache zum Einführungsbericht

**Bernhard Schemmer (CDU)** führt aus, bei einem Haushalt, der, wenn er verabschiedet sei, zu 90 % abgewickelt sei, und zwar ohne verabschiedet zu sein, lohne es sich seines Erachtens nicht so sehr, inhaltlich darüber zu diskutieren. Deshalb wolle er es bei drei oder vier Anmerkungen bewenden lassen.

Wenn sich der gesamte Haushalt innerhalb von zwei Jahren um 10 % erhöhe, müsse man irgendwo sparen, um die Defizite zurückzufahren. Sparen bedeute, dass man an anderen Punkten nichts zulege. Sparen heiße nicht, den Neubau an Landesstraßen, und zwar dort, wo dringend Ortsumgehungen gebraucht würden, um 20 % zu reduzieren. Dann habe man das mit dem Sparen falsch verstanden.

Gespart worden sei – das nenne sich Pseudosparen – bei der Wohnraumförderung. Bei den Programmen der 70er- und 80er-Jahre habe man eine fiktive Zukunft finanziert. Das, was die neue Landesregierung jetzt wieder vorhabe, sei auch das Finanzieren einer fiktiven Zukunft. In 40 Jahren werde das zurückgezahlt. Wer nicht besser mit Geld umgehen könne, sollte es lassen.

Eigentumsförderung: Er wolle nur, dass es ordentlich und gerecht zugehe.

Dann müsse man keine Wahlversprechungen mit Spielwiesen machen. Die 30 Millionen € für das Sozialticket seien eine falsche Ausgabe. Man müsse erst die Infrastruktur in Ordnung bringen. Wer zulasten der Infrastruktur spare, wie es Rot-Grün jetzt tue, mache das falsch.

Tiefer diskutiert werden könne das beim nächsten Haushalt. Dann habe man vielleicht auch ein bisschen mehr Zeit. Vielleicht werde der sogar halbwegs pünktlich eingebracht, vielleicht sogar halbwegs zu einer Zeit verabschiedet, wie es sich für einen ordentlichen Haushalt gehöre.

(Zuruf von der SPD: Wenn ihr nicht wieder Neuwahlen produziert!)

– Man sollte einmal in das Haushaltsrecht gucken. Es wäre die Aufgabe der alten Landesregierung gewesen, den Haushalt im alten Jahr schon abzuschließen, mindestens aber sehr frühzeitig einzubringen. Im März sei das nichts geworden. Die Gründe sollten die bei sich suchen, die keine Mehrheit gefunden hätten. Wer so spät den Haushalt verabschiede, versündige sich an einer ordentlichen Durchführung.

Er könne auch noch einen Schritt weitergehen und daran erinnern, dass Städtebauförderungsmittel vermeintlich nicht ausgegeben würden, weil die Kommunen

überfordert gewesen seien. Auch das sei einer der Gründe gewesen, der bei der Haushaltsabwicklung der letzten zwei Jahre zutage getreten sei.

Es sollte also versucht werden, frühzeitig den Haushalt einzubringen und ihn frühzeitig zu verabschieden. Dann wisse auch jeder, wie es im Laufe des Jahres vonstattegehen könne.

**Oliver Bayer (PIRATEN)** vermutet, die Liste dieser Ortsumgehungen, bei denen nicht gespart werden sollte, sei sehr lang. Die meisten stünden schon seit 30 Jahren auf der Liste. Wenn die in den nächsten Jahrzehnten realisiert würden, habe man jahrzehntelang Straßen, die heute im Grunde schon gar nicht mehr zur Verkehrspolitik passten. Insofern wäre es nur ehrlich, den Bürgern zu sagen, man könne diese Liste an Ortsumgehungen gar nicht abarbeiten.

Herr Groschek sage, das Ressort trage zur Reduzierung der Nettoverschuldung des Landes bei. Von den Grünen sei die Haushaltssanierung genannt worden, die wichtig sei.

Das sei natürlich eine grundsätzliche Frage, ob eine Schuldenbremse oder das sogenannte Sparen einen Wert an sich darstellten. Sparen sei das ja eigentlich gar nicht. Man gebe nur weniger Geld aus.

Herr Klocke sage auch schon, man werde mit dem jetzigen Haushalt des Einzelplans 09 in den nächsten Jahren wahrscheinlich nicht auskommen, allein schon wenn man nur den Bestand der Verkehrswege sichern wolle.

An anderer Stelle sei angemerkt worden, dass es demnächst noch nicht steuerliche Finanzierungen der Verkehrsinfrastruktur geben könne. Die Nahverkehrsabgabe sei da bestimmt eine gute Sache. In den Medien sei leider nur von der City-Maut zu lesen gewesen. Oft werde auch nur PPP gesehen. Da gebe es aber noch wesentlich mehr Möglichkeiten, auch den Gemeinden zum Beispiel durch zweckgebundene Abgaben und Beiträge Handlungsspielraum einzuräumen. Das sei vielleicht gerade beim ÖPNV nötig. Denn beim ÖPNV sehe man, eigentlich werde nur Geld vom Bund durchgeleitet. Das treffe auch auf etliche andere Punkte zu. Nur beim Sozialticket und beim Ausbildungsverkehr schieße das Land etwas zu. Das könne besser aussehen.

Die Piraten würden ihre Änderungsanträge für 2012 im Finanzausschuss einreichen. Aber er wolle einen kurzen Ausblick geben. Natürlich könne man 2012 nicht mehr viel machen. Es sei schon reichlich spät. Aber man könne an einigen Stellen, an denen das Geld wirklich dringend benötigt werde, Geld hinzufügen. Man könne an anderen Stellen Geld streichen.

Die Piraten machten den Vorschlag, vor allem bei der Zuweisung für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände sowie an die öffentlichen Unternehmen bezüglich des ÖPNV die Kürzungen des Bundes durch Landesmittel aufzufangen und auch noch etwas mehr bereitzustellen. Das sei Geld, das bis März dort dringend benötigt werde.

Die Piraten schlugen außerdem bei Stadtumbau West und der sozialen Stadt die Aufstockung durch Landesmittel auf zumindest das Niveau von 2010 vor.

Bei der Gesellschaft Flughafen Essen Mülheim schlugen die Piraten vor, Mittel zu kürzen. Es gebe ja zumindest eine Leasingvertragsübernahme für ein Auto. Dort könne gekürzt werden. Er sei sich sicher, da gebe es noch weit mehr Möglichkeiten. Man sei sich sicher einig, dass der Flughafen Mülheim/Essen sowieso mittelfristig geschlossen oder zurückgestuft werden müsse.

Sehr wichtig sei den Piraten auch die Erhöhung des Baransatzes für ÖPNV-Gutachten. Denn die Piraten wollten gerne dort die Regionalisierungsmittel des Bundes durch Landesmittel aufstocken und insbesondere die Erstellung eines unabhängigen Gutachtens zur Gesamtkostenanalyse des öffentlichen Personennahverkehrs in NRW einschließlich kommunaler Finanzierungsanteile, Subventionen und Beteiligungen sämtlicher Beteiligter und beitragender Unternehmen inklusive der Stadtwerke finanzieren sowie daraus abgeleitete Modelle, Simulationen und Machbarkeitsstudien zur Realisierung einer vollständigen Finanzierung des Personennahverkehrs zur entgeltfreien Bereitstellung für die Bürger.

**Arndt Klocke (GRÜNE)** teilt mit, es gebe keine Änderungsanträge von SPD und Grünen. SPD und Grüne begrüßten, dass es im Haushalt 2012 gelinge, die Defizite von Straßen.NRW weiter zurückzuführen, die man 2010 in einer Höhe von über 50 Millionen € übernommen habe. Wenn die Opposition immer wieder auf die Defizite im Straßenbereich komme, müsse er sagen: Ohne diese Erblast hätte die Landesregierung ein paar Euro mehr für Straßenbau.

**Christof Rasche (FDP)** erklärt, die FDP-Fraktion lehne diesen Einzelplan ab, weil nach ihrer Auffassung falsche Prioritäten gesetzt würden.

Da das Ganze aber in den nächsten Tagen auch schon wieder im Plenum diskutiert werde, könne man sich jetzt die Diskussion in dieser Sitzung seines Erachtens ersparen.

**Vorsitzender Dieter Hilser** stellt fest, Anträge lägen nicht vor. Der Ausschuss komme damit zur Beschlussfassung zum Einzelplan 09.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 09 mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU, FDP und Piraten zu.

